

Kein Ort für Nazis: KAGIDA stoppen!



Gemeinsam die Ursachen von Rassismus bekämpfen!

Heute wollen KAGIDA („Kassel gegen die Islamisierung des Abendlandes“) erneut demonstrieren. Die Rassisten benutzen die öffentliche Auseinandersetzung um den Salafismus, den IS und andere extremistische Strömungen, für ihre allgemeine Hetze gegen Menschen, die ihnen nicht „deutsch“ genug sind. Sie verbreiten in ihren Aufrufen Panik und fordern, „dass etwas passieren müsse“. Was passieren soll, sagen sie nicht. Auch in den Mainstream-Medien werden Berichte über die Bedrohungen des IS oder den Salafisten gerne auf die Religion des Islam zurückgeführt.

Die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Hintergründe werden selten ausführlich dargestellt. Zudem werden solche einseitigen Debatten noch mit der Flüchtlingsthematik vermischt, Fluchtursachen werden dabei nur halbgar angeschnitten. Alles habe irgendwie mit dem Islam zu tun. Statt Diskussionen über die generelle Unterversorgung von Kommunen, Schulen und fehlendem Wohnraum in die öffentliche Debatte zu bringen, dürfen Sarrazin, Busckowski und andere rechtspopulistische Trittbrettfahrer ihre privilegierte Lebenslage nutzen, um in den breiten Medien reißerische Unwahrheiten über Muslim*innen zu verbreiten und den Teufel von „Überfremdung“, „Bildungsdefiziten“ und „Sozialbetrug“ an die Wand zu schmieren. Die Vertuschung rechter, teilweise staatlich finanzierter Gewalt wie die NSU-Mordserie und den kürzlich erst aufgedeckten Misshandlungen von Flüchtenden in Notunterkünften in NRW, verschwinden schnell wieder aus der öffentlichen Presse. Und es passiert tatsächlich etwas: Anschläge auf Flüchtlingsheime und Moscheen nehmen zu, ebenso wie eine diffuse Angst vor Muslim*innen unter Deutschen. Auch wenn die Initiatoren der islamfeindlichen Demonstrationen sich von Anschlägen, Schmierereien und gewalttätigen Übergriffen distanzieren, scheuen sie nicht davor zurück, Seite an Seite mit Faschisten, NPD-Mitgliedern und rechten Hooligans zu demonstrieren.

In Köln nennt sich das Bündnis „Hooligans gegen Salafisten“ (HOGESA). Dort wurde bereits im Oktober sichtbar, dass es dem HOGESA-Zusammenschluss vor allem darum geht, ihre Versammlung zu nutzen, um rechte Gewalt zu verbreiten. Versuche dieses Bündnisses auch in Hannover Fuß zu fassen, wurden Mitte November erfolgreich von tausenden Antifaschist*innen verhindert. Dennoch haben KAGIDA am 1. Dezember einen Sprecher von dem gewaltbereiten rechten Hooligan-Bündnis eingeladen und zuvor auch nach Hannover mobilisiert. So friedlich wie sie sich hier in Kassel geben wollen, sind sie lange nicht.

Vorbild Dresden

Seit einigen Wochen demonstriert auch in Dresden ein ähnliches Bündnis wie KAGIDA hier in Kassel. Dort heißt die rechte Vereinigung PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes). Deren Demonstrationen sind betont friedlich und die Mitglieder versuchen sich bürgernah zu geben. Das unterschiedliche Auftreten mit den gleichen Inhalten und der ähnlichen Abkürzung wie HOGESA zeigen, dass die Rassisten von PEGIDA und KAGIDA gelernt haben, dass Gewalt gerade nicht ankommt und sie ihre Hetze „friedlich“ verpacken müssen. Durch diesen Imagewechsel konnte PEGIDA bei einem Aufmarsch in Dresden etwa 6000 Menschen mobi-

lisieren. In vielen anderen Städten planen Rechte ebensolche Proteste. Damit Rassisten und Nazis in Kassel keine neue Plattform für ihre menschenfeindlichen Ansichten bekommen, müssen wir aktiv sein und ihre Aktionen blockieren. Dazu ist es auch wichtig zu verstehen, weshalb vor allem Islamfeindlichkeit als starkes Zugpferd rassistischer Propaganda dienen kann.

Reale Ursachen von zunehmender Islamfeindlichkeit

Neben rechter Hetze durch die Medien, werden Muslim*innen auch klassisch als neue Projektionsfläche sämtlicher sozialer Probleme und Konflikte benutzt.

- Es fehlt an gut bezahlten Arbeitsplätzen?

Die meisten Migrant*innen müssen auch mit hohen Bildungsabschlüssen oft immer noch in schlecht bezahlten Jobs arbeiten, da sie auf Grund ihrer Herkunft weniger Chancen haben, in bessere Berufe zu gelangen. Die Ursache fehlender guter Arbeitsplätze liegt woanders: Eine Verkürzung der Arbeitszeit bei Lohn- und Personalausgleich würde Zehntausende neue Arbeitsplätze schaffen. Dass das nicht geschieht, ist nicht Schuld von Muslim*innen oder deren Religion, sondern ist Teil der Ausbeutungslogik des Kapitalismus. Durch konstantes Erhalten von Erwerbslosigkeit können die Löhne der Beschäftigten niedrig gehalten werden. Nach dem Motto: „Warum sollst du eine Lohnerhöhung bekommen, es gibt genug Arbeitslose die sich über deinen Lohn und Job freuen würden!“

- Die Kommunen zahlen zu viel für Flüchtende?

Gerne wird die Zuwanderung von Flüchtenden als Ursache für die Finanznot in den Kommunen herangezogen. In Wahrheit sind es millionenschwere Steuerschenkungen gegenüber deutschen Großunternehmen, politische Entscheidungen, wie die 2011 in Hessen beschlossene „Schuldenbremse“. Auch Niedriglöhne führen dazu, dass Kommunen Wohngeld auszahlen, da es immer noch genügend Jobs gibt, von denen man nicht leben kann. Das wird sich leider auch durch den immer noch viel zu niedrigen Mindestlohn von 8,50 Euro nur geringfügig ändern. Die Kommunen werden systematisch ausgeblutet. Mit der vermeintlichen Finanzmisere kann dann von neoliberalen Politikern leichter argumentiert werden, öffentliche Einrichtungen und Aufgaben zu privatisieren und somit ihr Klientel privater Investoren zu füttern. Dabei ist genug Geld da. Neben der Möglichkeit, die Gewerbesteuer zu erhöhen, würde die Einführung einer Vermögens- und Millionärssteuer auf Bundesebene für eine Umverteilung des massiven Reichtums sorgen. Die reichsten 2% der Bevölkerung besitzen mehr als die Hälfte des Vermögens – Tendenz steigend!

Die Ursachen von Islamfeindlichkeit und Rassismus bekämpfen!

85 Menschen weltweit besitzen soviel Vermögen wie 50% der Weltbevölkerung. Kapitalismus bedeutet, Umweltverniichtung, Ausbeutung, Armut, aber vor allem auch Spaltung der Menschen, die eigentlich gemeinsam von den

Auswirkungen des Profit- und Konkurrenzdrucks betroffen sind. Kriege, aber auch ein Erstarken reaktionärer Kräfte wie dem IS sind die Folge. Dennoch sind HOGESA, PEGIDA oder KAGIDA alles andere als unsere Partner im Kampf gegen den IS. Ihre Hetze richtet sich auch gegen die betroffenen syrischen und kurdischen Flüchtlinge. Für unsere Bedürfnisse nach gut bezahlten Arbeitsplätzen, finanziell gut ausgestatteten Kommunen, bezahlbarem und lebenswürdigem Wohnraum für alle - auch für Flüchtende, werden wir nicht mit Initiativen wie KAGIDA kämpfen. Das können wir nur gemeinsam mit Migrant*innen! In Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Partei die Linke kooperieren wir in dieser Frage.

Daher sollten wir fordern:

- Für eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Schaffung von Jobs in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales.
- Für die konsequente Besteuerung von Reichen und Konzernen: Millionärssteuer von zehn Prozent.
- Einstellen von Steuerfahndern zum Eintreiben von Konzernsteuern.
- Abschaffung von Residenzpflicht und Arbeitsverboten und allen anderen rassistischen Gesetze für Flüchtlinge.
- Gegen alle Ausnahmen beim Mindestlohn und Erhöhung auf 12Euro pro Stunde.
- Massive Schaffung von kommunalem Wohnraum und Begrenzung der Mietpreise.
- Für eine Aufklärungskampagne von Partei die Linke und Gewerkschaften über KAGIDA / HOGESA / PEGIDA und die Ursache von sozialen Problemen

Solidarität mit den Flüchtlingen und gemeinsame Proteste statt rechter Hetze und Spaltung der Betroffenen!

Die SAV trifft sich regelmäßig

Wo: **Kulturzentrum Schlachthof,
Mombachstr. 10**

Wann: **dienstags 19:00 Uhr**

Weitere Infos unter:

www.sozialismus.info/kassel

www.facebook.com/savkassel